



PRESSEMITTEILUNG

Erdogan in Köln: Rede- und Meinungsfreiheit auch für einen Gegner von Rede- und Meinungsfreiheit?

HEIDELBERG, 23.05.2014 - **Aramäer in Deutschland sehen dem Wahlkampfauftritt des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan mit gemischten Gefühlen entgegen: Gesprächsbereitschaft aber auch Sorge um den Demokratisierungsprozess, Minderheitenschutz, Landenteignungen sowie die Rolle der Türkei bei der Entführung der syrischen Erzbischöfe.**

Die Gewalt auf den Straßen Istanbuls eskaliert weiter. Ein 30jähriger Mann, der an einer Trauerzeremonie für den im März getöteten 13jährigen Berkan Elvan teilgenommen hatte und nicht an den Demonstrationen gegen die Politik der türkischen Regierung beteiligt war, wurde von einer Polizeikugel tödlich am Kopf getroffen und verstarb. Ein weiterer Trauermarsch schlägt in brutale Gewalt um.

Die Aramäer in Deutschland verfolgen die politischen Entwicklungen in der Türkei mit zunehmender Sorge. Der ins Stocken geratene Demokratisierungsprozess sowie die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen Unterstützern und Gegnern Erdogans führen vermehrt zu einer aufgeheizten gesellschaftlichen Stimmung in der Türkei, die auch nach Deutschland überschwappen könnte. Der Bundesverband der Aramäer in Deutschland ruft Anhänger und Kritiker des türkischen Ministerpräsidenten auf, der „ungebetenen“ Gelegenheit friedlich zu begegnen.

Dazu erklärt der Vorsitzende des Bundesverbandes der Aramäer in Deutschland, Daniyel Demir: „Erdogan lässt keine Gelegenheit aus, um den Gegnern seines Auftritts in Deutschland Gründe für ihre ablehnende Haltung zu liefern. Dennoch, jetzt da er sich entschieden hat nach Deutschland zu kommen, sollte die deutsche Bundesregierung die Gelegenheit keinesfalls auslassen, um mit ihm über Themen wie Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Schutz von Minderheiten und Fortführung des Friedensprozesses mit den Kurden, zu sprechen. Systematische Landenteignungen, die Prozessflut gegen das Kloster Mor Gabriel und anderer aramäischer Einrichtungen, Verbot des aramäischen Sprachunterrichts sowie weitere Einschränkungen der kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten der Aramäer und anderer Minderheiten müssen aufhören.“

Mit Blick auf die morgige Veranstaltung appelliert der Bundesvorsitzende weiter: „Wir rufen den türkischen Ministerpräsidenten auf, bei seinem Auftritt in Köln die Gelegenheit zu nutzen, auf die anhaltende Gewalt deeskalierend zu wirken und nicht weiter Öl ins Feuer zu gießen. Es gilt, sich für die Fortführung des Demokratisierungsprozesses und die Stärkung der Minderheitenrechte zu bekennen.“



„Sowohl die politische als auch gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei läuft seit geraumer Zeit in die falsche Richtung.“, **erklärt der Politikwissenschaftler Dr. Gabriel Hanne zum Auftritt Erdogans in Köln.** „Die Türkei darf sich nicht weiter weg von Europa, sondern muss sich auf Europa zubewegen - politisch wie auch kulturell. Wir wünschen uns eine Türkei, in der politische oder gesellschaftliche Auseinandersetzungen im Dialog und durch Verhandlungsprozesse ausgetragen werden; eine Türkei in der Rechtsstaatlichkeit dominiert, nicht das Recht des Stärkeren. Durch die jüngsten Entwicklungen laufen die wenigen, aber durchaus ermutigenden Fortschritte des türkischen Staates im Umgang mit seinen Minderheiten Gefahr, sehr schnell wieder einkassiert zu werden. Das Recht der freien Rede und Meinungsäußerung steht selbstverständlich auch dem türkischen Ministerpräsidenten zu. Insofern, herzlich willkommen in Deutschland Herr Erdogan, lassen Sie uns darüber reden!“, *so der Politikwissenschaftler weiter.*

Auch der Bürgerkrieg in Syrien sowie die Entführung der beiden syrischen Erzbischöfe Mor Gregorios Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi vor mehr als einem Jahr nahe der türkisch-syrischen Grenze entwickelt sich zunehmend zur Belastung für die Beziehungen des türkischen Staates zu seinen christlichen Minderheiten, insbesondere der Aramäer. Trotz gegenteiliger Beteuerungen der türkischen Regierung, sich für die Freilassung der Bischöfe einzusetzen, erhärtet sich bei vielen Aramäern der Eindruck, die türkischen Behörden würden eine eigene Agenda bei der Entführung der Bischöfe verfolgen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der mutmaßliche Entführer der Bischöfe, Magomed Abdurahmanov, Kaukasier und Anführer einer in Syrien aktiven islamistischen Al-Nusra-Brigade, bekannt auch unter dem Namen „Abu Banat“, von türkischen Behörden gefasst wurde und seitdem im Hochsicherheitsgefängnis Maltepe im Osten Istanbuls inhaftiert ist.

Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Aramäer in Deutschland, Daniyel Demir, fordert daher „eine lückenlose Aufklärung der türkischen Behörden und ernsthafte Anstrengungen seitens des türkischen Ministerpräsidenten, um die Glaubwürdigkeit der türkischen Regierung in diesem Zusammenhang wieder herzustellen. Die Entführung der beiden christlichen Würdenträger belastet die aramäisch-türkischen Beziehungen in zunehmenden Maße“.

##

Der Bundesverband der Aramäer in Deutschland e.V. setzt sich für die Rechte und Interessen der Aramäer in Deutschland und den Heimatländern ein. Die Aramäer sind ein semitisches Volk, das in im Südosten der Türkei sowie in den Ländern des Nahen Ostens beheimatet ist. In Deutschland leben ca. 100.000 Aramäer, in der EU insgesamt bis zu 300.000. Die christlichen Aramäer sind hauptsächlich Angehörige der syrischen Kirchen, darunter syrisch-orthodox, syrisch-katholisch, syrisch-maronitisch, syrisch-chaldäisch, apostolische Kirche des Ostens und Weitere.